

Generation Corona

Für Kinder und Jugendliche war das zurückliegende Vierteljahr besonders hart. Die Politik ist in großer Sorge. Von Frank Pergande

Als die Corona-Pandemie begann, Mitte März also, schlossen sich auch für die Kinder in Deutschland viele Türen: die der Kindertagesstätten, der Schulen, aber auch die der sozialen Einrichtungen. Es schlossen sich sogar die Türen der eigenen Wohnung. Die Freunde waren unerreichbar fern, obwohl sie um die Ecke leben. Der Spielplatz war geschlossen, der Sportplatz auch. Dafür waren zu Hause die Eltern immer auf der Pelle, Langeweile in Enge, Mangel an frischer Luft, ungestillter Bewegungsdrang. Ärger kommt unter solchen Bedingungen in den besten Familien vor. Erst recht aber in denen, die für Kinder auch in normalen Zeiten ein schwieriges Zuhause sind.

Erst nach und nach wird sich zeigen, wie es den Kindern im vergangenen Vierteljahr ergangen ist und ob es tatsächlich so etwas wie eine Generation Corona geben könnte. So vermutet es jedenfalls der familienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sönke Rix. Sein Kollege von der Union, Marcus Weinberg, sieht das ähnlich: „Die Auswirkungen sind teilweise verheerend und werden langfristig wirken, insbesondere wenn es um die Folgen von Gewalt gegen Kinder und Kindesmissbrauch geht. Auch die lange soziale Isolation könnte bei einigen Kindern Spuren hinterlassen haben.“ Weinbergs Fraktionskollegin Nadine Schön befürchtet zudem: „Durch Corona wird Partnergewalt unsichtbar.“ Die Grünen sprechen von einer „bedrückenden Lage“. Und selbst der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, warnte jüngst bei der Vorstellung der Kriminalstatistik, das Dunkelfeld sei sehr groß. Viele Familien lebten in einer Ausnahmesituation und hätten mitunter existentielle Sorgen. Zugleich seien Kinder im Moment weniger in Kontakt mit Erziehern, Lehrern und Kinderärzten, weshalb die soziale Kontrolle sinke.

Dabei hieß es schon zu Beginn der Corona-Pandemie: Man müsse die Kinder und Familien unbedingt im Blick haben, da könne sich was zusam-

menbrauen. Auch in den Krisenstäben der Städte und Landkreise spielte das immer wieder eine Rolle, die Jugendämter waren bei allen Entscheidungen dabei. Es gab viel Hilfsbereitschaft und ehrenamtliche Unterstützung, einige Eltern organisierten sich selbst, etwa im Bündnis #elternin-derkrise. Dessen bedenklicher Befund lautete: „Die momentane Lage hat ein System rund um Eltern und Kinder sichtbar gemacht, das schon im gesellschaftlichen Normalzustand bestenfalls ausreicht und in der Krise völlig zusammenbricht.“

Wie groß dieser Zusammenbruch tatsächlich war, dafür gibt es noch keine verlässlichen Daten. Aber bekannt ist, wie es anderen Ländern erging, wo der gesellschaftliche Stillstand schon eher einsetzte als in Deutschland. In Wuhan, der chinesischen Stadt, in der die Pandemie ihren Ausgang nahm, haben sich die Fälle von Gewalt in der Familie während der Quarantänezeit verdreifacht. Ähnliches wurde aus Italien und Spanien berichtet. Für Deutschland gibt es bisher nur eine Studie der Technischen Universität München. Die besagt, dass etwa zehn Prozent der Kinder und mehr als sieben Prozent der Frauen, die in Quarantäne waren, Opfer von häuslicher Gewalt wurden. Überdurchschnittlich viel Gewalt soll dabei in Familien mit Kindern unter zehn Jahren vorgekommen sein.

Aus dem Bundesfamilienministerium heißt es, das seien zwar nur Indizien, aber es sei anzunehmen, „dass das Hellfeld verengt ist und sich das Dunkelfeld ausweitet“. Dafür spricht auch, dass es im Mai deutlich mehr Anrufe bei den einschlägigen Hotlines gab, sei es bei „Nummer gegen Kummer“ für Kinder in Not oder bei „Gewalt gegen Frauen“. Zugleich gab es deutlich weniger Meldungen bei den Jugendämtern. Das dürfte daran liegen, dass es normalerweise vor allem Kita-Mitarbeiter oder Lehrer sind, die entsprechende Hinweise an die Jugendämter geben.

Viel wurde improvisiert. In Hamburg etwa gab es die „Mittagsrakete“, eine ehrenamtliche Unterstützung von „Kindern in belasteten Familiensituationen“. Insgesamt 42000 Essen wurden für zweitausend Kinder gekocht, die sonst wohl nichts oder selten etwas Warmes in den Bauch bekommen hätten. Die Adressen kamen über die Jugendämter. Das Bundesfamilienministerium wie auch die Landesministerien versuchten, über Plakate und Postwurfsendungen Betroffene über Hilfsangebote zu informieren. Die Postkarte „Starke Nerven brauchen auch mal Unterstützung“ landete in fünf Millionen Haushalten. Wichtig war aus der Sicht der Familienpolitiker, den Rettungsschirm auch über schwierige Familien auszuspannen. Das bedeutet: Die Notbetreuung in Kitas wurde auch auf Kinder von

Alleinerziehenden und Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen „mit sozial- oder sonderpädagogischem Bedarf“ ausgedehnt. Das Müttergenesungswerk, aber auch Frauenhäuser wurden unter den finanziellen Rettungsschirm genommen. Und Mitarbeiter aus der Jugendhilfe bekamen vorrangig Schutzmaterial, um im Fall der Fälle doch in die Wohnungen gehen zu können, wo Auffälligkeiten gemeldet wurden.

Dennoch meint der CDU-Politiker Weinberg selbstkritisch: „Die Kinderrechte haben in der ersten Phase nicht die Beachtung gefunden, die sie von Anfang an verdient hätten.“ Rix von der SPD sagt: „Vielen war die Bedeutung solcher Themen zunächst nicht so klar. Das hat sich geändert, wie die Debatten um die Öffnung von Schulen und Kitas zeigen.“ Beide loben ausdrücklich, dass im eben beschlossenen Konjunkturpaket die Familienpolitik dann doch große Beachtung findet. Etwa durch den Kinderbonus von 300 Euro, den die SPD wollte und den nun auch die Union akzeptiert, „weil er eingebettet ist in ein gutes Gesamtpaket“, wie Weinberg meint.

Eine Erfahrung gibt es allerdings schon aus der Corona-Zeit. Sie war unübersehbar, weil sie so ziemlich von allen gemacht wurde: Homeoffice und Kinderbetreuung zugleich funktioniert nicht. Weinberg sagt: „Das ist nicht nur eine Doppelaufgabe, sondern meistens eine dreifache. Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice heißt dann konkret, mit dem Kochlöffel, dem Lernbuch und dem Laptop gleichzeitig jonglieren zu müssen.“ Ähnlich sieht es die Grüne Katja Dörner: „Corona hat gezeigt, wie wichtig eine gute Betreuungsstruktur in Kitas und Schulen ist. Wenn die wegfällt, dann bricht gleich das gewohnte Leben der Familie zusammen.“ Wichtig sei es für Eltern, ihre Arbeitsalltag so gestalten zu können, dass sie genug Zeit für die Kinder haben.

Grigorios Aggelidis von der FDP sieht sogar einen gesellschaftlichen Rückschritt: „Es sind ja vor allem die Frauen, die Homeoffice und Kinderbetreuung zugleich leisten. Wir glaubten eigentlich, da gesellschaftlich schon weiter zu sein.“ Er fordert deshalb, Kitas und Schulen jetzt so schnell wie möglich komplett wieder zu öffnen, „die Vorsichtshaltung ist da nicht zu rechtfertigen“. Die Linkspartei forderte sogar einen „Kindergipfel“. Das findet auch #elterninderkrise richtig, in der Wirtschaft gehörten Branchengipfel doch auch zu den klassischen Krisenmaßnahmen.

Die anderen Parteien sehen so etwas als unnötig und populistisch an. Sie fühlen sich allerdings jetzt bestärkt, ein Vorhaben der schwarz-roten Koalition endlich umzusetzen: Kindergrundrechte im Grundgesetz gesondert

festzuschreiben. Eigentlich sollte das schon lange passiert sein, aber dann kam ausgerechnet Corona mit seinen familienpolitischen Folgen dazwischen. Die SPD ist sowieso dafür, die Union musste in zähen Verhandlungen überzeugt werden. Zumindest deren Familienpolitiker sind jetzt grundsätzlich dafür nach dem Motto: Schaden kann es nicht. Allerdings kommt es darauf an, wie die Sache konkret aussehen soll. Derzeit gibt es einen ersten Formulierungsvorschlag aus dem Bundesjustizministerium, und der ist umstritten.